

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU**Arbeit der Polizei effektiv gestalten und nicht lahmlegen!**

Die jährlich steigenden Kriminalitätsraten in Bremen, besonders in Brennpunktbereichen wie dem Bahnhofsviertel und der Sielwallkreuzung, sorgen für Unbehagen bei der Bremer Bevölkerung. Personenkontrollen sind daher ein legitimes polizeiliches Mittel um Kriminalitätsbrennpunkte zu sichern. Der Vorschlag der Grünen bei diesen Kontrollen zukünftig Quittungen auszustellen, auf denen die Polizei Anlass und Ergebnis der Kontrolle vermerkt, steht der dringenden Aufgabe der Kriminalitätsbekämpfung im Wege. Viel mehr würde es dadurch zu einem bürokratischen und zeitlichen Mehraufwand für die Beamten kommen, der sie von anderen wichtigeren Ermittlungstätigkeiten abhalten würde.

Das vermeintliche Ziel der Grünen "Racial Profiling", also die Polizeikontrolle aufgrund äußerlicher Merkmale wie Hautfarbe, ethnischer Zugehörigkeit oder Religion und nicht aufgrund von konkreter Verdachtsmomente, dadurch zu verhindern, schlägt vollkommen fehl. Die Arbeit der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Lande Bremen muss viel mehr unterstützt werden, um den Schutz der Bürger im Land zu garantieren. Durch diese überflüssige Maßnahme werden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte jedoch unter Generalverdacht gestellt.

Die Polizei Bremen führt überdies bereits regelmäßig einen Fachtag zur Schulung der Beamten durch, die sich mit der Thematik des „Racial Profilings“ befasst. Auch in der Berufsausbildung der Polizistinnen und Polizisten wird diese Problematik ausführlich thematisiert, womit die Polizistinnen und Polizisten ausreichend ausgebildet und sensibilisiert sein dürften.

Ebenfalls kritisch zu sehen ist die Kennzeichnungspflicht der Bremer Polizistinnen und Polizisten. Hierbei müssen die Polizistinnen und Polizisten bei Großeinsätzen eine Nummer (fünfstellig) auf Brust und Rücken tragen, damit sie identifizierbar sind. Eine derartige Transparenz ist bei der Polizei nicht nötig, da davon ausgegangen werden kann, dass die Beamten bei ihrer Identifizierung, beispielsweise bei einer Konfliktsituation, kooperieren und ihre Identität preisgeben. Ein derartiger Zwang zur Identifizierung berührt die Unabhängigkeit der Polizistinnen und Polizisten und unterstellt sie einem Generalverdacht. Wir müssen als Gesellschaft wieder zu mehr Respekt und Vertrauen für die Polizei kommen, ein derartiges Misstrauen gegenüber der professionellen Polizeiarbeit steht diesem Interesse entgegen. Die Befürworter der Kennzeichnungspflicht sind bislang jeden Nachweis dafür schuldig geblieben, dass angezeigte Polizistinnen und Polizisten häufig nicht identifizierbar seien. Die Polizei braucht Rückhalt statt „Stigmatisierung“.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

1. Die Polizeiarbeit darf nicht durch überbordende Bürokratie, wie dem Ausstellen von Quittungen bei Personenkontrollen behindert werden.
2. Anlassbezogene Personenkontrollen gehören zur effektiven Arbeit der Polizei und diese Maßnahme darf nicht grundlos diffamiert werden.

3. Die Kennzeichnungspflicht der Bremer Polizistinnen und Polizisten und das damit verbundene Misstrauen ist überflüssig und sie gehört daher abgeschafft.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) erkennt die existenzielle Arbeit der Polizeibeamten für die Sicherheit des Landes Bremen an und vertraut darauf, dass die Polizistinnen und Polizisten sich ihrer Verantwortung im Zusammenhang mit Personenkontrollen bewusst sind und auch weiterhin sensibel mit der Auswahl von Verdächtigen umgehen werden.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) ist ferner davon überzeugt, dass sich die Bremer Polizistinnen und Polizisten im Rahmen von Konfliktfällen kooperativ zeigen und bei ihrer Identifizierung mithelfen.

Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU